

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schall

Telefon: (0221) 221-94313

Fax: (0221) 221-94342

E-Mail: armin.schall@stadt-koeln.de

Datum: 17.05.2016

Niederschrift

über die **15. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 14.03.2016, 17:00 Uhr bis 22:10 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD	
Frau Katrin Bucher	SPD	
Herr Robert Hamacher	SPD	
Herr Udo Hanselmann	SPD	
Herr Walter Leitzen	SPD	
Herr Frank Jablonski	GRÜNE	anwesend von 17:00 bis 18:45 Uhr
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	anwesend von 17:00 bis 18:30 Uhr und von 18:50 bis 21:40 Uhr
Frau Julia Lottmann	GRÜNE	
Frau Christiane Martin	GRÜNE	anwesend von 17:00 bis 19:30 Uhr
Frau Jennifer Mense	GRÜNE	
Herr Martin Berg	CDU	
Herr Dr. Michael Fischer	CDU	
Frau Jutta Kaiser	CDU	
Herr Christoph Besser	DIE LINKE	
Herr Berndt Petri	DIE LINKE	
Frau Diana Lantzen	FDP/PIRATEN	
Frau Marlis Pöttgen	FDP/PIRATEN	
Herr Harald Schuster	DEINE FREUNDE	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer

Verwaltung

Frau Christina Boeck	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Alexander Knecht	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Silke Rheinschmidt	Stadtplanungsamt
Herr Dieter Sanden	Sportamt
Herr Walter Stocker	Bürgeramt Lindenthal
Frau Carla Stüwe	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt

Gäste

Herr Reuter	Institut für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH
-------------	--

Schriftführer

Herr Armin Schall	Bürgeramt Ehrenfeld
-------------------	---------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Kron	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Herr Tobias Scholz	DEINE FREUNDE

Herr Bezirksbürgermeister Wirges eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Hanselmann (SPD-Fraktion), Herr Klemm (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Berg (CDU-Fraktion) werden als Stimmzähler benannt.

Die Tagesordnung soll gemäß der Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges ruft die Tagesordnungspunkte der Nachtragstagesordnung einzeln auf.

Die Tagesordnungspunkt 10.1, 10.1.1. und 10.6 werden zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 18.04.2016 geschoben.

Die Tagesordnungspunkt 10.2 und 10.3 werden vorgezogen und unmittelbar im Anschluss an die Bürgereingaben behandelt.

Die Tagesordnungspunkte 6.2 und 8.9 werden gemeinsam behandelt.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 8.8 abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Aufnahme des gemeinsamen Dringlichkeitsantrages, TOP 8.8, in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 8.9 abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion, TOP 8.9, in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei drei Enthaltungen zugestimmt.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt nun über die Tagesordnung in der erweiterten Form abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld ist mit der vorliegenden erweiterten Tagesordnung einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Aktuelle Stunde**
- 2 Einwohnerfragestunde**
 - 2.1 Einwohnerfragen zur Errichtung einer Leichtbauhalle als Notunterkunft für Flüchtlinge am Standort Wilhelm-Schreiber-Straße in Köln Ossendorf
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: geplante Flüchtlingsunterkunft Wilhelm-Schreiber-Straße in Köln-Ossendorf (Az.: 02-1600-13/16) 0707/2016
 - 3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation Andreas-Muhr-Straße in Köln-Bocklemünd (Az.: 02-1600-77/15) 3789/2015
 - 3.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kreisverkehr Wilhelm-Mausser-Straße (Az.: 02-1600-158/15) 0233/2016
- 4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates**
- 5 Annahme von Schenkungen**
- 6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
 - 6.1 Stillgelegte Bauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.11.2015
AN/1913/2015
 - 6.1.1 Stillgelegte Bauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
0258/2016
 - 6.2 Baumfällungen auf dem Gelände des SEGRO-Cityparks an der Vitalisstraße
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2016
AN/0153/2016

6.2.1 Baumfällungen auf dem Gelände des SEGRO-Cityparks an der Vitalisstraße
0886/2016

6.3 Anfrage zur Verkehrsplanung Vogelsanger Str./ Heliosschule
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2016
AN/0199/2016

6.4 Bushaltestelle „Geiselstraße“
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.01.2016
AN/0207/2016

6.4.1 Bushaltestelle Geisselstraße
0911/2016

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

7.1 Rassistisch motivierte Straftaten im Stadtbezirk Ehrenfeld und in Köln
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 28.01.2016
AN/0230/2016

7.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu rassistisch motivierten
Straftaten im Stadtbezirk Ehrenfeld und in Köln
0883/2016

7.2 Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungs-
bauprogramm 2015
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2016
AN/0412/2016

7.3 Abschließbare Spinde / Eichendorff-Realschule / Dechenstraße
Anfrage der CDU-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0442/2016

7.3.1 Abschließbare Spinde / Eichendorff-Realschule / Dechenstraße
0899/2016

7.4 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
nen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion
und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 28.02.2016
AN/0446/2016

8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

- 8.1 Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau (Beschlussvorlage 1028/2015)
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der FDP-Piraten-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 01.03.2016
AN/0448/2016
- 8.2 Prüfantrag: Überquerung Venloer Straße/Ehrenfeld Gürtel
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0444/2016
- 8.3 Sitzen statt Parken
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 23.02.2016
AN/0385/2016
- 8.3.1 Ergänzungsantrag zu TOP 8.3 Sitzen statt Parken
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.03.2016
AN/0508/2016
- 8.4 Beleuchtung Fußgängerüberweg / Kreuzung Vogelsangerstraße und Piusstraße
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0441/2016
- 8.5 Verbesserte Reinigung Venloer Straßenfest
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0445/2016
- 8.5.1 Ergänzungsantrag zu TOP 8.5: Verbesserte Reinigung Venloer Straßenfest
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 08.03.2016
AN/0497/2016
- 8.6 Alternativ-Planungen für den Ausbau der Bezirkssportanlage Prälat-Ludwig-Wolker
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 23.02.2016
AN/0429/2016
- 8.7 Vorstellung Ergebnisse Essbare Stadt – Essbares Ehrenfeld
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2016
AN/0382/2016

8.8 Interkultureller Gemeinschaftsgarten
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 09.03.2016
AN/0504/2016

8.9 Abriss des ehem. Verwaltungsgebäudes der Herbig-Haarhaus AG durch SEGRO
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2016
AN/0509/2016

9 Entscheidungen

9.1 Bericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik zum Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Ehrenfeld (Jahresbericht)
0755/2016

9.2 Zweite Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2016
0831/2016

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BIm-SchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 30.10.2015 per Sammelumdruck versandt. In der Sitzung wird ein Vertreter der Firma LK-Argus die Beschlussvorlage in Form einer Präsentation erläutern und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

10.1.1 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2016
AN/0496/2016

10.2 Ergebnis Pilotversuch Pfandringe
0532/2016
Die Beschlussvorlage wurde am 23.02.2016 per Sammelumdruck versandt. In der Sitzung wird ein Vertreter der INFA die Beschlussvorlage in Form einer Präsentation erläutern und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

10.2.1 Änderungsantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu 0532/2016
Ergebnis Pilotversuch Pfandringe
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2016
AN/0453/2016

- 10.3 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV:
Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 und 13
hier: Grundsatzbeschluss zu Bahnsteiganhebungen an den Haltestellen
Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.-B.anhebung, Hst. Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße
3911/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 18.02.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.4 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang
0223/2016
- 10.5 Errichtung eines Bildungsgangs: Höhere Berufsfachschule im Bereich Ernährung und Hauswirtschaft am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20)
0458/2016
Die Beschlussvorlage wurde am 16.02.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.6 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1
- 10.7 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.
4113/2015
- 10.8 Antrag zum Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
0611/2016/1
- 11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 12.1 Jahresbericht für die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, hier Stand 24.11.2015
3845/2015
Der Bericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik zum Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Ehrenfeld wurde den Fraktionen / dem Einzelmandatsträger im Vorfeld zur Verfügung gestellt. Ein nochmaliger Umdruck erfolgt daher nicht.

- 12.2 Teilnahme an der Earth Hour 2016
0336/2016
- 12.3 Änderung des § 61 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen
(Bestellung der Schulleitung)
0401/2016
- 12.4 Vergabe der bezirksorientierten Mittel für Sport im HJ 2015
0468/2016
- 12.5 Zebrastreifen Vogelsanger Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2015 zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 27.04.2015, TOP 8.8
0476/2016
- 12.6 Niederschrift der 6. Sitzung des Rahmenplanungsbeirates Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld
0541/2016

13 mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Anfragen aus vergangenen Sitzungen

- 14.1 Neuer Sachstand ehemaliges HGK-Verwaltungsgebäude Oskar-Jäger-Straße
AN/0050/2016
- 14.1.1 Sachstand ehemaliges Verwaltungsgebäude des HGK - Oskar Jäger Straße
0728/2016

15 Neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

17 Entscheidungen

18 Anhörung und Stellungnahme

19 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

19.1 Flüchtlingssituation

20 Mitteilungen der Verwaltung

21 mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

2.1 Einwohnerfragen zur Errichtung einer Leichtbauhalle als Notunterkunft für Flüchtlinge am Standort Wilhelm-Schreiber-Straße in Köln Ossendorf

Die Beantwortung der Einwohnerfragen wird durch Herrn Stocker (Bürgeramt Lindenthal) verlesen:

Einwohnerfrage vom 01.02.2016

Frage 1:

An welcher Stelle des Standortes Wilhelm-Schreiber-Straße erfolgt die Zuwegung zu der Flüchtlingsunterkunft?

Antwort der Verwaltung:

Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Planung kann hierzu noch keine abschließende Aussage getroffen werden. Logistisch bietet sich eine Hauptzuwegung am Ende der Wilhelm-Schreiber-Straße, der Schule gegenüberliegend, an.

Frage 2:

Ist eine weitere Zuwegung an anderer Stelle vorgesehen, z.B. zur Nutzung nur für den Fahrzeug- oder Fußverkehr oder zu einer Außenfreifläche für die Bewohner der Unterkunft?

Antwort der Verwaltung:

Der Standort wird für die Bediensteten des Sicherheitsdienstes sowie des Sozialdienstes Stellplätze aufweisen müssen. In der Regel sind dies 3 Stellplätze. Außenflächen, die nur für die Bewohner vorgesehen sind, werden ebenfalls auf dem Gelände des Sportplatzes errichtet. Es wird aber neben dem Haupteingang, der auch für den Fahrzeugverkehr vorgesehen ist, weitere Zu- und Ausgänge allein schon für ein erforderliches Brandschutzkonzept geben müssen.

Frage 3:

Reicht der vorhandene Fußweg zwischen der Wilhelm-Schreiber-Schule und dem Sportplatz für die weitere Nutzung der Schüler und Anlieger als Verbindung zur Fronhofstr. aus oder sind Veränderungen im Wegenetz vorgesehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung rechnet nicht mit einer gleichzeitigen Nutzung des Fußweges durch alle Bewohner der Unterkunft sowie alle Schüler. Insofern werden keine Probleme hinsichtlich der Anbindung auf die Frohnhofstraße gesehen.

Frage 4:

Wie soll die weitere erhebliche Verkehrsbelastung durch die Bewirtschaftung und Nutzung der Flüchtlingsunterkunft insbesondere auch im Zusammenhang mit den drei weiteren unmittelbar bevorstehenden Baumaßnahmen (Sanierung Ehrenfelder Genossenschaftswohnungen an der Rochusstraße, Frohnhofstraße und am Nußberger Pfad, der Sanierung der JVA sowie der Sanierung der Wilhelm-Schreiber-Grundschule) in einer den jetzigen Anliegerverkehr nicht weiter beeinträchtigenden Weise gewährleistet werden?

Antwort der Verwaltung:

Durch die Änderung der Unterkunftsplanung weg von Leichtbauhallen und hin zu Containern können sich die Menschen selbst versorgen. Die bei Leichtbauhallen erforderliche Versorgung und damit erhöhter Lieferverkehr zu den Essenszeiten entfällt damit komplett, der Verkehr reduziert sich auf ein absolutes Minimum. Hinzu kommen gegebenenfalls die Autofahrten der Mitarbeiter/innen des Wachdienstes und des Betreuungsträgers, falls diese ihren Arbeitsplatz überhaupt per PKW aufsuchen. Nach Einschätzung der Verwaltung wird z.B. die Sanierung der JVA zusätzliches Verkehrsaufkommen im Bereich Butzweiler Str./ Äußere Kanalstr. und A 57 verursachen.

Frage 5:

Wie viele Parkplätze werden für die Unterkunft eingerichtet?

Antwort der Verwaltung:

Es werden in der Regel 3 Parkplätze auf dem Grundstück für das Objekt eingerichtet, genaue Vorgaben werden im Zuge der Baugenehmigung durch das Bauaufsichtsamt ausgesprochen.

Frage 6:

Wie sieht das Rettungskonzept der Feuerwehr bzw. das sonstige Sicherheitskonzept aus?

Antwort der Verwaltung:

Das Rettungskonzept der Feuerwehr sowie das Sicherheitskonzept wird mit der endgültigen Planung des Objektes festgelegt.

Einwohnerfrage vom 04.02.2016

Frage 1:

Nach welchen Kriterien wurde der Standort Wilhelm-Schreiber-Straße für die Errichtung einer Notunterkunft mit Leichtbauhallen ausgewählt?

Antwort der Verwaltung:

Durch die Verwaltung wurden und werden laufend freie Grundstücksflächen auf dem Kölner Stadtgebiet geprüft. Vorrangig stehen dabei Grundstücke im Focus, die sich im Besitz der Stadt Köln befinden, aber auch neu anzukaufende oder anzumietende Grundstücke befinden sich in der Prüfung. Bei der Fläche handelt es sich um eine nach Prüfung der Sportverwaltung nicht voll ausgelastete Sportplatzfläche, die durch Verdichtungen umliegender Sportflächen weitestgehend aufgefangen werden können. Weitere Kriterien neben der Größe einer Fläche liegen in der kurzfristigen Verfügbarkeit, geringem Herrichtungsaufwand der Fläche und vorhandener Erschließung sowie Infrastruktur.

Frage 2:

Welche Fläche an der Wilhelm-Schreiber-Straße ist konkret für die Flüchtlingsunterkunft vorgesehen? Es wird um Vorlage eines Plans gebeten.

Antwort der Verwaltung:

Für die Nutzung ist nach den erfolgten Vorprüfungen lediglich die Fläche des Sportplatzes vorgesehen. Weder der im Norden angrenzende Bolzplatz noch der hinter der Schule liegende Spielplatz werden zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften benötigt.

Frage 3:

Werden zur Durchführung der Maßnahme Baumfällungen außerhalb oder innerhalb der Umzäunung des Sportplatzes der Wilhelm-Schreiber-Schule erfolgen?

Antwort der Verwaltung:

Die Rodungsmaßnahmen werden sich auf das Notwendigste beschränken. Diese werden auf dem Grundstück aber auch außerhalb des Grundstücks zur Schaffung von Durchgängen im Bereich der Fluchtwege notwendig sein.

Frage 4:

Welche Maßnahmen sind zum Erhalt der in dem angrenzenden kleinen Waldstück lebenden Tiere und Pflanzen, insbesondere der alten Bäume geplant?

Antwort der Verwaltung:

Wie zuvor beschrieben werden sich die Rodungsmaßnahmen auf die Schaffung von Fluchtwegen beschränken. Insofern sind, wie in anderen Grünanlagen auf Kölner Stadtgebiet auch, keine speziellen Maßnahmen notwendig.

Frage 5:

Warum haben Probebohrungen auf dem angrenzenden Spielplatzgelände stattgefunden?

Antwort der Verwaltung:

Auf der angrenzenden Spielplatzfläche haben Probebohrungen stattgefunden, um eine umfassende Datenlage auch der angrenzenden Flächen zu erheben. In den ersten Überlegungen war auch eine Variante, die Fläche nördlich des Sportplatzes für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften mit zu verwenden. Hiervon hat die Stadt mittlerweile Abstand genommen. Ebenfalls ist die Verwaltung von den Plänen abgerückt, Leichtbauhallen zu errichten. Stattdessen wird die Verwaltung Wohncontainer errichten, das Gelände (Sportplatz) erhält eine Einfriedung mit einem Stabgitterzaun. Die ersten Entwürfe einer möglichen Realisierung werden derzeit erarbeitet und vermutlich in der noch zu terminierenden Informationsveranstaltung den Anwohnern präsentiert.

Frage 6:

Welche Art von Mitnutzung [z.B. Schaffung eines Eingangsbereichs oder einer Außenfreifläche für die Bewohner der Unterkunft etc.] der an den Sportplatz angrenzenden Spielplatzfläche (Bolzplatz) ist vorgesehen?

Antwort der Verwaltung:

Sowohl die unmittelbar angrenzende Spielplatzfläche (Bolzplatz) als auch die Spielplatzfläche, auf der sich die Spielgeräte befinden, stehen der Allgemeinheit (und somit auch den Flüchtlingen) weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung. Eine spezielle Abgrenzung und somit eine Einschränkung der bisherigen Nutzung ist nicht vorgesehen. Inwieweit ein Zu/Ausgang hin zum Bolzplatz errichtet wird, der auch zur Entflechtung des Geländes dient, ist derzeit noch in der Prüfung.

Einwohnerfrage vom 08.02.2016

Frage 1:

Was sind die planungsrechtlichen Vorgaben für die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Leichtbauweise gerade für den Standort Wilhelm-Schreiber- Straße?

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung errichtet nach aktueller Planung Container in zweigeschossiger Bauweise zur Unterbringung von Flüchtlingen. Damit ist eine erhebliche Steigerung der Aufenthaltsqualität der Menschen verbunden, sie haben eigene Rückzugsräume und

können sich selbst über Pantry-Küchen versorgen. Ein entsprechender Bauantrag wird zu gegebener Zeit eingereicht.

Frage 2:

Wird der Stadt Köln durch ein Rechtsgutachten bestätigt, ob die Leichtbauhallen in der vorgesehenen Errichtungsform für mehrere Jahre tatsächlich in Abweichung von § 63 LBO NRW grundsätzlich ohne Baugenehmigung errichtet werden können?

Antwort der Verwaltung:

Für die Errichtung von Containern wird die Stadt zu gegebener Zeit einen Bauantrag einreichen. Von der Errichtung von Leichtbauhallen nimmt die Verwaltung an diesem Standort Abstand.

Frage 3:

Wie genau begründet die Stadt Köln, dass sie entgegen Ziff. 1.2 des derzeit geltenden Erlasses Fliegende Bauten (FIBau NRW v. 20.02.2008), eine Baugenehmigung für eine Leichtbauhalle grundsätzlich für nicht erforderlich hält?

Antwort der Verwaltung:

Es gibt im Jahr 2015 mehrere Erlasse des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW, die eine Duldung von Leichtbauhallen ermöglichen.

Frage 4:

Wie begründet die Stadt ihr Auswahlermessen für den Standort Wilhelm-Schreiber-Straße im Hinblick auf Eignung, Erforderlichkeit und Angemessenheit einer Massenunterkunft auf dem in Kessellage befindlichen Sportplatzgrundstück mit angrenzendem Spielplatz?

Antwort der Verwaltung:

Auch wenn die Wilhelm-Schreiber-Straße eine Stichstraße für den Autoverkehr darstellt, besteht für den Fußverkehr durchaus keine Kessellage. Da mit der Errichtung der Unterkunft (außer im Zeitraum der Errichtung) keine signifikante Erhöhung des Autoverkehrs einher geht, ist hier nicht von einer erhöhten Belastung des Straßenverkehrs auszugehen. Die Menschen werden auch nicht immer am Standort verbleiben, sondern sich wie alle Bürger im Stadtgebiet Köln bewegen.

Frage 5:

Welche nachbarlichen Belange hat die Stadt Köln bei der Auswahl des Standorts Wilhelm-Schreiber-Straße geprüft?

Antwort der Verwaltung:

Gemäß Vorgaben der aktualisierten Bauordnung (§§246 Abs. 9ff Baugesetzbuch NRW) können solche Standorte nur im Anschluss an eine bestehende Bebauung und nicht auf freier Wiese errichtet werden. Insofern sind nachbarschaftliche Belange

in der Regel immer betroffen, die im Zuge der Standortumsetzung soweit möglich Berücksichtigung finden.

Frage 6:

Welche Abwägungskriterien haben die Stadt Köln dazu verleitet die Errichtung einer Leichtbauhalle auf einem Sportplatz nebst angrenzendem Spielplatz als vorrangig gegenüber der Belegung von Turnhallen oder der Errichtung von Leichtbauhallen auf freigelegeneren Flächen als an der Wilhelm-Schreiber- Straße vorzuziehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Stadt wird eine Vielzahl weiterer Standorte für Leichtbauhallen benötigen, um der Zahl Köln zugewiesener Flüchtlinge eine Unterkunft zu ermöglichen und die Inanspruchnahme von Turnhallen merklich zu reduzieren bzw. diese wieder ihrer eigentlichen Nutzung zurück zu führen. Bei aktuell mehr als 4.000 Menschen in insgesamt 27 gesperrten Turnhallen, davon bereits 24 belegten Turnhallen hat die Stadt keine andere Möglichkeit, als die Anzahl an Flüchtlingen an einem Standort deutlich zu erhöhen. Die Belegung weiterer Turnhallen ist keine Alternative zur Errichtung von Leichtbauhallen und wird nur im äußersten Notfall zur Vermeidung von Obdachlosigkeit herangezogen.

Einwohnerfrage vom 14.02.2016

Frage 1:

Werden am Standort nur Familien untergebracht oder auch alleinreisende Männer?

Antwort der Verwaltung:

Zum jetzigen Zeitpunkt kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob am Standort Wilhelm-Schreiber-Straße Familien oder allein stehende Männer untergebracht werden. Das hängt letztendlich davon ab, welche Flüchtlingsgruppen durch die Bezirksregierung zu dem Zeitpunkt nach Köln zugewiesen werden, zu dem der Standort fertiggestellt und belegbar ist.

Frage 2:

Soweit auch alleinreisende Männer untergebracht werden sollen, wie hoch wird ihr prozentualer Anteil an den Bewohnern sein?

Antwort der Verwaltung:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 3:

Wie wird gewährleistet, dass von der Unterkunft bzw. ihren Bewohnern ausgehende Lärmemissionen die gesetzlichen Grenzwerte nicht überschreiten?

Antwort der Verwaltung:

Im Rahmen der Errichtung von Wohncontainern ist davon auszugehen, dass die einzuhaltenden Grenzwerte nicht überschritten werden.

Frage 4:

Wie oft wird die Reinigung der umliegenden Flächen (Wege und Grünflächen) erfolgen?

Antwort der Verwaltung:

Entweder die Stadt Köln oder der von der Stadt Köln beauftragte Betreuungsträger trägt Sorge für die Sauberkeit des Außengeländes. Die eingesetzten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wirken im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Bewohnerinnen und Bewohner ein, damit diese das Gelände sauber halten.

Frage 5:

Wie wird es bei der Errichtung der Massenunterkunft gewährleistet, dass das schon jetzt häufig überlastete Abwasserkanalnetz der Siedlung die erhebliche Mehrbelastung in ordnungsgemäßer und störungsfreier Art und Weise bewältigt?

Antwort der Verwaltung:

Im Rahmen der erforderlichen Baumaßnahmen werden die erforderlichen Schritte zur Überprüfung des Abwasserkanalnetzes eingeleitet.

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: geplante Flüchtlingsunterkunft Wilhelm-Schreiber-Straße in Köln-Ossendorf (Az.: 02-1600-13/16) 0707/2016

Die Petenten erläutern ihre Eingabe und danken der Verwaltung, dass die Planungen für die Flüchtlingsunterkunft an der Wilhelm-Schreiber-Straße angepasst wurden und dass durch die Beschlussvorlage sowie die Beantwortung der Einwohnerfragen unter Tagesordnungspunkt 2.1 Transparenz geschaffen wurde. Sie bitten darum, auf eine gebietsverträgliche Planung der Einrichtung zu achten.

Herr Ludwig (Amt für Wohnungswesen) erklärt, dass die Verwaltung die Anwohnerschaft frühzeitig in die Planungen einbinden wird. Er sagt zu, dass in die Einrichtung soweit wie möglich Familien untergebracht werden.

Herr Hanselmann (SPD-Fraktion) weist auf die Notwendigkeit der Integration von Flüchtlingen hin, an der aus seiner Sicht alle betroffenen Akteure mitwirken müssen.

Frau Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen eine menschliche Verpflichtung darstelle. Sie bittet die Anwohnerschaft, sich hieran aktiv zu beteiligen.

Herr Berg (CDU-Fraktion) regt an, die Beschlussvorlage dahingehend zu ergänzen, dass die Planung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vor der Umsetzung vorzustellen und gegebenenfalls zu erläutern ist. Desweiteren regt er an, die Worte "wenn möglich" zu streichen.

Herr Ludwig (Amt für Wohnungswesen) sagt zu, die Planungen der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzustellen, sobald diese fertiggestellt sind. Er bittet aber darum, auf die Streichung der Worte "wenn möglich" zu verzichten, da er auch aus rechtlichen Gründen nicht zusagen könne, alle Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu 100 % zu berücksichtigen.

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) verweist auf die Resolution der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 09.12.2014, die nach wie vor zu beachten sei.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) dankt der Verwaltung, dass sie den Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gesucht und deren Anregungen so weit wie möglich berücksichtigt hat.

Herr Schuster (Deine Freunde) merkt an, dass die Unterbringung der großen Anzahl von Flüchtlingen für Verwaltung und Politik eine große Herausforderung darstelle. Dies erfordere gegebenenfalls auch, Kompromisslösungen zu akzeptieren und eigene Interessen zurückzustellen.

Nach Diskussion zieht Herr Berg (CDU-Fraktion) seinen Änderungsantrag zur Streichung der Worte "wenn möglich" zurück und Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt über den folgenden **geänderten** Beschluss abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld dankt den Petenten für ihre Eingaben. Die Verwaltung wird gebeten, Anregungen der Anwohnerinnen und Anwohner im Zusammenhang mit der Errichtung der Flüchtlingsunterkunft an der Wilhelm-Schreiber-Straße im Rahmen der Planungen intensiv zu prüfen und wenn möglich zu berücksichtigen. **Die Planung ist vor Ausführung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzustellen und gegebenenfalls zu erläutern.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation Andreas-Muhr-Straße in Köln-Bocklemünd (Az.: 02-1600-77/15) 3789/2015

Da der Petent nicht anwesend ist, lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges nach kurzer Diskussion über den folgenden **geänderten** Beschluss abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld dankt dem Petenten für seine Eingabe. Sie **fordert** die Verwaltung **auf**, den Bereich ~~im Rahmen der personellen Kapazitäten~~ auf Verkehrsordnungswidrigkeiten zu überwachen. ~~Darüber hinaus wird keine Notwendigkeit für die Änderung der Verkehrssituation gesehen.~~

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kreisverkehr Wilhelm-Mauser-Straße (Az.: 02-1600-158/15) 0233/2016

Die Petenten erläutern ihre Eingabe und legen dar, dass aus ihrer Sicht die Einrichtung des Kreisverkehrs und die Verlegung der Venloer Straße ein zusammenhängendes städtebauliches Projekt ist. Sie bitten die Bezirksvertretung Ehrenfeld um Unterstützung bei Ihrem Anliegen.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) dankt den Petenten für ihre Eingabe und erklärt, dass ihre Fraktion die Bürgereingabe unterstützt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Alternativbeschluss kommt aus ihrer Sicht in keinem Fall in Betracht.

Frau Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages durch folgenden Satz zu ersetzen: "Der Kreisverkehr ist so anzulegen, dass eine spätere eventuelle Verlegung der Venloer Straße ohne Umbau des Kreisverkehrs möglich ist." Sie bittet die anderen Fraktion hierzu um Zustimmung.

Frau Kaiser (CDU-Fraktion) fordert ebenfalls ein, dass die seit geraumer Zeit geforderte Verlegung der Venloer Straße weiterhin auf der Agenda bleibt.

Nach Diskussion ergeht der folgende **geänderte** Beschluss:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld dankt der IG Künstler für Bickendorf für ihre Eingabe. Die Bezirksvertretung bekräftigt ihren Beschluss aus dem Jahr 2008 und spricht sich für die Umgestaltung des Knotenpunktes Venloer Straße/Wilhelm-Mauser Straße zu einem Kreisverkehr aus. **Der Kreisverkehr ist so anzulegen, dass eine spätere eventuelle Verlegung der Venloer Straße ohne Umbau des Kreisverkehrs möglich ist.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**6.1 Stillgelegte Bauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.11.2015
AN/1913/2015**

**6.1.1 Stillgelegte Bauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
0258/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.2 Baumfällungen auf dem Gelände des SEGRO-Cityparks an der Vitalis-
straße
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2016
AN/0153/2016**

**6.2.1 Baumfällungen auf dem Gelände des SEGRO-Cityparks an der Vitalis-
straße
0886/2016**

Herr Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung zu recherchieren, wie sich die der Bezirksvertretung Ehrenfeld im Jahr 2015 vorgestellte Masterplanung verändert hat.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.3 Anfrage zur Verkehrsplanung Vogelsanger Str./ Heliosschule
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2016
AN/0199/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**6.4 Bushaltestelle „Geiselstraße“
Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.01.2016
AN/0207/2016**

**6.4.1 Bushaltestelle Geisselstraße
0911/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**7.1 Rassistisch motivierte Straftaten im Stadtbezirk Ehrenfeld und in Köln
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 28.01.2016
AN/0230/2016**

**7.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu rassistisch motivierten Straftaten im Stadtbezirk Ehrenfeld und in Köln
0883/2016**

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Antwort der Polizei zur Kenntnis.

**7.2 Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungsbauprogramm 2015
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2016
AN/0412/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

**7.3 Abschließbare Spinde / Eichendorff-Realschule / Dechenstraße
Anfrage der CDU-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0442/2016**

**7.3.1 Abschließbare Spinde / Eichendorff-Realschule / Dechenstraße
0899/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 28.02.2016
AN/0446/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

**8.1 Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau (Beschlussvorlage 1028/2015)
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der FDP-Piraten-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom
01.03.2016
AN/0448/2016**

Der Antrag ist erledigt.

**8.2 Prüfantrag: Überquerung Venloer Straße/Ehrenfeld Gürtel
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0444/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Leitzen (SPD-Fraktion) erläutert.

Beschluss:

Die Situation ist für Fahrgäste (Fußgänger*innen), die von der Stadtbahnhaltestelle der Linie 13 Fahrtrichtung Holweide kommend den Ehrenfeldgürtel Richtung stadtauswärts queren wollen, aufgrund der beengten Situation mitunter gefährlich. Die Verwaltung wird daher beauftragt, ggf. in Zusammenarbeit mit der KVB, zu prüfen, ob und ggf. wie

- die Situation kurzfristig durch eine geänderte Ampelschaltung sicherer gestaltet werden kann.
- es kurzfristig Möglichkeiten gibt, die Zu- und Abgangssituation und/oder die Aufstellfläche zu optimieren, die insbesondere durch den U-Bahnabgang eingeengt wird.
- die Situation mittelfristig, d. h. bei der geplanten Anhebung des Bahnsteiges, verbessert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Bezirksvertretung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Sitzen statt Parken
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 23.02.2016
AN/0385/2016**

8.3.1 Ergänzungsantrag zu TOP 8.3 Sitzen statt Parken
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.03.2016
AN/0508/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Jablonski (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert. Er erklärt darüber hinaus, dass die von der SPD-Fraktion beantragte Ergänzung von seiner Fraktion übernommen wird.

Geänderter Beschluss:

Betreiben von gastronomischen Betrieben soll die Möglichkeit gegeben werden, auf Antrag einer entsprechenden Sondernutzungserlaubnis Pkw-Stellplätze vor der jeweiligen Gaststätte zum Zweck der Außengastronomie zu nutzen, **sofern eine andere angemessene straßenseitige Außenfläche nicht zur Verfügung steht** – analog des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt und der Erfahrungen aus der Stadt Bonn.

Die BV-Ehrenfeld erwartet, dass die Verwaltung diesen Beschluss – sofern entsprechende Anträge gestellt werden – zeitnah, d. h. noch für die „Freiluft-Saison“ 2016 umsetzt. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, ist die BV-Ehrenfeld umgehend von der Verwaltung zu informieren.

Die Bezirksvertretung möchte im letzten Quartal 2016 darüber informiert werden, wieviel Anträge gestellt wurden, wie viele Sondergenehmigungen erteilt werden konnten und falls es zu Beschwerden kam, über deren Anzahl und Art und ob es Konflikte gab und wie diese ggf. gelöst werden konnten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion).

8.4 Beleuchtung Fußgängerüberweg / Kreuzung Vogelsangerstraße und Piusstraße
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0441/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Kaiser (CDU-Fraktion) erläutert.

Herrn Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass zu der Problematik auch eine Bürgereingabe eingereicht wurde. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll, den Antrag der CDU-Fraktion und die Bürgereingabe gemeinsam zu behandeln.

Der Antrag wird daher zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 18.04.2016 geschoben.

8.5 Verbesserte Reinigung Venloer Straßenfest
Antrag der SPD-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0445/2016

8.5.1 Ergänzungsantrag zu TOP 8.5: Verbesserte Reinigung Venloer Straßenfest

**Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 08.03.2016
AN/0497/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Bossinger (SPD-Fraktion) erläutert. Im Übrigen erklärt sie, dass ihre Fraktion den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt.

Frau Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet im Anschluss den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die AWB und den Veranstalter im Interesse der Besucher und teilnehmenden Händler für das diesjährige Venloer Straßenfest gemeinsam auf ein verbessertes und abgestimmtes Reinigungskonzept zu verpflichten.

Im Abschnitt des Festes auf der Venloer Straße, den Nebenstraßen und der angrenzenden Plätzen, wie Barthonia Forum und Neptunplatz, muss eine häufigere Leerung der öffentlichen Mülleimer auch während der Veranstaltung und jeweils nach Veranstaltungsschluss das Säubern/Kehren der Straßen und Plätze erfolgen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Veranstalter darauf hinzuweisen, dass sie möglichst von Anfang das Prinzip der Müllvermeidung verfolgen: So sollen sie bevorzugt Food-Anbieter auf das Venloer Straßenfest holen, die ihre Angebote ohne aufwändige Verpackungen anbieten, zum Beispiel Getränke in Pfandgefäßen statt in Plastikbechern oder Suppe in Tellern statt in Wegwerfschalen. Wenn Einweggeschirr nicht vermeidbar ist, soll es aus recycelfähigem Material sein. Außerdem sollen die Food-Anbieter eigene Mülleimer aufstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.6 Alternativ-Planungen für den Ausbau der Bezirkssportanlage Prälat-Ludwig-Wolker

**Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 23.02.2016
AN/0429/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Schuster (Deine Freunde) erläutert.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) regt an, den Beschluss als Prüfauftrag umzuformulieren.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt folgenden Prüfauftrag:

Beim Ausbau der Bezirkssportanlage Prälat-Ludwig-Wolker sollen alternative Planungen für die Bezirkssportanlage erstellt werden, die den Denkmalschutz der Anlage, die öffentliche Durchwegung, den Erhalt der Bäume und bereits vorhandene Parkplatzkapazitäten in der Umgebung (zum Beispiel im Barthoniaforum, unter der Moschee und am Colonius) berücksichtigen. Um den Zugang zu den Parkplätzen am Colonius zu gewährleisten, soll ein Fußgänger- und Radfahrer-Übergang zum Inneren Grüngürtel eingeplant werden. Außerdem soll das umweltfreundliche Cradle-to-Cradle-Verfahren beim Bau der Kunstrasenplätze verwandt werden. Zusätzlich soll geprüft werden, welche Gefährdungen sich durch den Bau der Kunstrasenplätze für die Bäume (Bodenversiegelung, Wasserhaushalt) und das Mikroklima ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.7 Vorstellung Ergebnisse Essbare Stadt – Essbares Ehrenfeld Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2016 AN/0382/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert.

Beschluss:

Die Verwaltung soll der Bezirksvertretung zeitnah vorstellen, welche öffentlichen Grünflächen für die Maßnahme „Essbare Stadt-essbares Ehrenfeld“ ermittelt wurden. Weiterhin soll die Verwaltung aufzeigen, auf welchen Flächen seit dem im Jahr 2014 gefassten Beschluss essbares Grün gepflanzt wurde, und welche in den nächsten Monaten folgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.8 Interkultureller Gemeinschaftsgarten Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 09.03.2016 AN/0504/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Hamacher (SPD-Fraktion) und Herrn Berg (CDU-Fraktion) erläutert.

Beschluss:

Das städtische Gelände eines ehemaligen Festplatzes am Akazienweg (Gemarkung Müngersdorf, Flur 76, Flurstücksnummer 1179) soll für das Projekt eines „Interkulturellen Gemeinschaftsgarten“ des F.I.N.K. e.V. genutzt werden. Mit Unterstützung des Grünflächenamtes soll hier ein nachhaltig gestalteter Begegnungsraum für Einwohner*innen entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.9 Abriss des ehem. Verwaltungsgebäudes der Herbig-Haarhaus AG durch SEGRO
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2016
AN/0509/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Bossinger (SPD-Fraktion) erläutert. Sie führt unter anderem aus, dass das ehemalige Verwaltungsgebäude der Herbig-Haarhaus-AG nach ihren Recherchen nicht unter Denkmalschutz steht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den Abriss des noch erhaltenen Teils des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Herbig-Haarhaus AG (Herbol) aus dem Jahr 1937 nicht zu genehmigen, bevor festgestellt wurde, ob die Kriterien einer Unterschutzstellung als Denkmal erfüllt werden. Es handelt sich um das letzte bauliche Zeugnis der über 100 jährigen Industriegeschichte an diesem Standort.
2. auf SEGRO einzuwirken - wie zugesichert und ungeachtet des Denkmalwertes - dieses Bestandsgebäude zu revitalisieren.
3. ebenfalls vor Genehmigung eines Abrisses die konkretisierte (Master-)Planung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzustellen.
4. der BV - ggf. auch im nichtöffentlichen Teil – darzulegen, welche vertraglichen Vereinbarungen/Auflagen zwischen der Stadt Köln und der SEGRO Germany GmbH in Bezug auf Entwicklung und Bebauung des Geländes bestehen.
5. der BV darzulegen, in welchem Umfang sich Segro an einer notwendigen Sanierung und Ertüchtigung der Vitalisstraße und Vogelsanger Straße beteiligen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Entscheidungen

9.1 Bericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik zum Ausführungsstand der Beschlüsse der Bezirksvertretung Ehrenfeld (Jahresbericht) 0755/2016

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt den Bericht des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik zum Ausführungsstand ihrer Beschlüsse (vgl. die Mitteilung 3845/2015, TOP 12.1 zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 14.03.2016) zur Kenntnis.

Die folgenden Beschlüsse sind erledigt und fallen damit aus der Berichtspflicht heraus:

Sitzungsdatum	Tagesordnungspunkt	Betreff
14.04.2008	9.15	Beete Venloer Straße/Gürtel
19.05.2008	9.1	Bessere Verkehrsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums
03.11.2008	9.21	Verkehrsgesamtplanung für die Vogelsanger Straße zwischen Innerer Kanalstraße bis Ehrenfeldgürtel
01.12.2008	9.8	Fahrradstände Lenauplatz
14.06.2010	7.1	Einzelmaßnahme zur Sanierung und Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Rosenhofsiedlung in Bickendorf um Zuge von Instandsetzungsmaßnahmen der Hochbebauung hier: Ausbau Wacholderweg
21.03.2011	9.5	Fertigstellung der Fahrradschutzstreifen sowie Roteinfärbung und Markierung mit Fahrrad-Piktogrammen
09.05.2011	9.6	Fehlende Radverkehrsführung Vogelsanger Straße/Stadtteil Ehrenfeld
27.06.2011	3.1	Bürgerantrag: Verkehrsregelung Vogelsanger Straße (02-1600-18/11)
27.06.2011	9.18	Park & Ride Anlage, Endhaltestelle Linie 5 Sparkasse Am Butzweiler Hof, Ossendorf
10.10.2011	9.4	Linksabbiegerampeln Widdersdorfer Straße / Maarweg
14.05.2012	8.1	Simarplatz (Punkte 2 und 4)
17.09.2012	3.1	Fußgängerüberweg Vogelsanger Straße/Roßstraße (02-1600-17/12)
17.09.2012	8.4	Beleuchtung Schönbergweg

17.09.2012	8.8	Fahrradweg/Baumpflanzung Vogelsanger Straße/Fuchsstraße
22.10.2012	8.5	Parkraumuntersuchung
17.12.2012	9.2	Fortführung des Parkraumkonzeptes Bocklemünd-Mengenich
15.07.2013	8.4	Spiegel gegen den toten Winkel am Ehrenfeldgürtel/Vogelsanger Straße
30.09.2013	8.9	Städtische Schrankenanlage Nattermannallee, 50829 Köln, Ersatz durch eine automatisierte Einrichtung
25.11.2013	8.6	Barrierefreier Gehweg in der Marienstraße
10.03.2014	8.4	Schrankenanlage Nattermannallee
10.03.2014	8.7	Beleuchtung des Fußwegs zwischen Lenaustraße und Takustraße
10.03.2014	9.1	Straßenumgestaltung Oskar-Jäger-Straße zur Erschließung des DHL-Zentrums
15.09.2014	8.3	Gitter vor Eingang der Kita Schumacherring 65
15.09.2014	8.7	Halteverbot vor der Zufahrt zur Fußgängerzone Görlinger Zentrum
03.11.2014	8.7	Instandsetzung Gehweg an der Haltestelle Ehrenfeldgürtel
08.12.2014	8.5	Hinweis auf Hausnummern unter den Straßenschildern Akazienweg
02.02.2015	8.6	Drängelgitter Gehweg Kolkrabenweg Richtung Bachstelzenweg
27.04.2015	8.5	Umbau der Vogelsanger Straße
24.08.2015	8.17	Vorfahrtsschild Börnestraße

Alle anderen Beschlüsse verbleiben weiterhin in der Berichtspflicht gemäß § 42 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Zweite Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2016 0831/2016

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt, dass die bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Absatz 3 GO NRW für das Haushaltsjahr 2016/2017 in der bisherigen Höhe (52.200,- € jährlich) zur Verfügung gestellt werden, beschließt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Vergabe der bezirksorientierten Mittel für das Jahr 2016 wie folgt:

11	Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung e.V.	Pflege der Vorlesepatenschaften und Aktion am Vorlesetag	800,00 €
12	Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung e.V.	Balu und Du	1.500,00 €
13	Katholische Jugendagentur Köln GmbH, OT Nonni	Kurzfreizeit für Mädchen, Mädchenfahrt nach Abenden in der Eifel	1.000,00 €
14	Verein zur Förderung der Kölner Fahrrad-Sternfahrt e.V.	9. Kölner Fahrrad-Sternfahrt	400,00 €
15	Lobby für Mädchen e.V.	Projekt „Mädchenzeit“	1.200,00 €
16	Kölner Appell gegen Rassismus e.V.	Auch Du hast Rechte! Selbstverständlich!?	300,00 €

Desweiteren stellt die Bezirksvertretung Ehrenfeld den nicht vereinsgebundenen Nutzergruppen in den Turnhallen im Stadtbezirk Ehrenfeld **1.500,00 €** zur Finanzierung zusätzlicher finanzieller Aufwendungen, die durch die Belegung von Turnhallen mit Flüchtlingen entstehen, zur Verfügung. Die Auszahlung dieses Betrages erfolgt an den Stadtbezirkssportverband 4, der die Mittel bewirtschaftet und in Abstimmung mit dem Sportsachbearbeiter des Bürgeramtes Ehrenfeld im Einzelfall über die beantragte Zuwendung entscheidet. Restmittel, die bis Ende 2016 nicht verbraucht sind, verbleiben beim Stadtbezirkssportverband 4 und werden auf den Anfang 2017 zu erwartenden Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus bezirksorientierten Mitteln für den Frühjahrsempfang mit Sportlerehrung 2017 angerechnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung 2422/2015

Die Beschlussvorlage wird zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 18.04.2016 geschoben.

10.1.1 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2016 AN/0496/2016

Der Antrag wird zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 18.04.2016 geschoben.

10.2 Ergebnis Pilotversuch Pfandringe 0532/2016

10.2.1 Änderungsantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu 0532/2016 Ergebnis Pilotversuch Pfandringe Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2016 AN/0453/2016

Frau Stüwe (Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt) und Herr Reuter (Institut für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH) erläutern die Beschlussvorlage anhand eines Folienvortrages und stehen im Anschluss zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion und spricht sich dafür aus, die Pfandringe beizubehalten. Sie bittet hierzu um Zustimmung der anderen Fraktionen.

Frau Mense (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion wegen der fehlenden Akzeptanz der Pfandringe nicht unterstützen und sich bei der Abstimmung enthalten wird.

Frau Kaiser (CDU-Fraktion) erklärt, dass ihre Fraktion dem Ergebnis des Gutachtens folgen und für den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen wird.

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) merkt an, dass seine Fraktion die Pfandringe ebenfalls ablehnt und daher dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen wird.

Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) spricht sich ebenfalls gegen die Pfandringe beziehungsweise gegen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion aus.

Herr Schuster (Deine Freunde) erklärt, dass er den Änderungsantrag der SPD-Fraktion unterstützt, da die Pfandringe ein Signal gegen Ressourcenverschwendung seien.

Nach ausführlicher Diskussion lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld möge beschließen:

1. Die Pfandringe, die aufgrund des Engagements der Bürger*innen in Ehrenfeld angebracht wurden, sollen auch künftig bestehen bleiben.
2. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld begrüßt und unterstützt die Ausstattung weiterer Straßenzüge mit Pfandrings durch bürgerschaftliches oder unternehmerisches Engagement.
3. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragen die AWB, Öffentlichkeitsarbeit zum Sinn und Zweck des Pfandrings zu machen und Gespräche mit dem Erfinder über mögliche technische Optimierungen (Aufhängung) und stadtgestalterische Verbesserungen (Farbgebung) zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt bei Stimmengleichheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion (6 Stimmen) und des Einzelmandatsträgers Schuster (Deine Freunde, 1 Stimme) und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Beschlussvorschlag sowie über die Alternative einzeln abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb folgenden Beschluss zu fassen:

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln nimmt die Ergebnisse des Pilotversuchs zur Kenntnis und beschließt von einer Fortführung von Pfandsammelsystemen abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt bei Stimmengleichheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (3 Stimmen), der Fraktion DIE LINKE (2 Stimmen) und der FDP-Piraten-Fraktion (2 Stimmen) und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Alternativbeschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb folgenden Beschluss zu fassen:

Der Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die Ergebnisse des Pilotversuchs zur Kenntnis und bittet den Stadtentwicklungsausschuss / Gestaltungsbeirat um ein Votum zur stadtweiten Verwendung der Pfandsammelsysteme in Köln.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt bei Stimmengleichheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion (6 Stimmen) und des Einzelmandatsträgers Schuster (Deine Freunde, 1 Stimme) und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

10.3 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV: Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 und 13 hier: Grundsatzbeschluss zu Bahnsteiganhebungen an den Haltestellen Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei der Fi- nanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.- B.anhebung, Hst. Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße 3911/2015

Herr Knecht (Amt für Brücken und Stadtbahnbau) erläutert die Beschlussvorlage und steht im Anschluss zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Frau Bossinger (SPD-Fraktion) erklärt Herr Knecht (Amt für Brücken und Stadtbahnbau), dass die Gleistrassen in ihrer Höhe grundsätzlich nicht verändert werden.

Frau Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für den Vortrag und spricht sich für den von der Verwaltung vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss aus. Sie bittet darum, dass bei den Detailplanungen möglichst wenige Bäume gefällt und alle Möglichkeiten zum Baumerhalt geprüft und ausgeschöpft werden und darüber hinaus Mittelbahnsteige geprüft werden.

In Beantwortung einer Frage von Frau Kaiser (CDU-Fraktion) erklärt Herr Knecht (Amt für Brücken und Straßenbahnbau), dass die Haltestelle Nußbaumer Straße in beiden Planungsvarianten in der heutigen Lage verbleibt. Die Lage der Haltestelle Subbelrather Straße wird nach der Variante 2 auf die andere Seite des Knotenpunkts verlegt.

Herr Petri (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob bei Mittelbahnsteigen zwangsläufig die Gleise weiter nach außen verlegt werden müssen mit der Folge, dass die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit von Baumfällungen steigt. Dies wird durch Herrn Knecht (Amt für Brücken und Straßenbahnbau) bejaht.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) spricht gegen die Verlegung der Haltestelle Subbelrather Straße aus, da dies erhebliche Nachteile für die Fahrgäste der Linie 5 habe.

Nach Diskussion lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung für die Bahnsteiganhebungen der Haltestellen Subbelrather Straße / Gürtel und Nußbaumerstraße gemäß Vorzugsva-

riante „Anhebung in heutiger Lage“ weiter zu führen, die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Die Umgestaltung des Knotenpunktes Ehrenfeldgürtel/Hüttenstraße/Bartholomäus-Schink-Straße wird gemäß Beschluss des Verkehrsausschusses vom 06.12.2011, TOP 4.2 weiterhin als separates Projekt bearbeitet.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von zunächst 200.000 € bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj 2016. Weitere Planungsmittel werden zu einem späteren Zeitpunkt mit einem separaten Planungsbeschluss beantragt.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. §82 GO NRW sind erfüllt, da es sich hierbei um eine Fortführungsmaßnahme handelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 62460/02 Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasserramselweg in Köln-Vogelsang 0223/2016

Auf Bitte von Herrn Bezirksbürgermeister Wirges erläutert Frau Rheinschmidt (Stadtplanungsamt) die Beschlussvorlage.

Frau Lottmann (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass für die Realisierung dieses Schulstandortes die notwendigen Wegeverbindungen unbedingt sichergestellt werden müssen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Rahmenplanungsbeirates vom 23.02.2016 zur Verbindung des Teichrohrsängerweges mit der Vitalisstraße sowie der Verlängerung des Pirolweges.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges schlägt vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Vermeidung einer erneuten Vorlagepflicht im Stadtentwicklungsausschuss ohne Änderungen zu folgen.

Nach Diskussion nimmt die Bezirksvertretung Ehrenfeld den Beschluss des Rahmenplanungsbeirates vom 23.02.2016 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 62460/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet zwischen Teichrohrsängerweg, Am Wassermann, Wasserramsel-

weg, einer bewaldeten Aufschüttung sowie einem bestehenden Kindermöbelgeschäft in Köln-Vogelsang —Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg,
1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang— einzuleiten mit dem Ziel, eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Schule sowie ein Sondergebiet für Ateliernutzung mit zugehörigem Wohnen festzusetzen;

2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1;
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Errichtung eines Bildungsgangs: Höhere Berufsfachschule im Bereich Ernährung und Hauswirtschaft am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) 0458/2016

Frau Kaiser (CDU-Fraktion) kritisiert, dass der Schulausschuss der Vorlage bereits ohne Änderungen zugestimmt hat, so dass sich aus ihrer Sicht ein Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld obsolet ist.

Herr Stocker (Bürgeramt Lindenthal) erklärt, dass nicht der Schulausschuss, sondern der Rat in seiner Sitzung am 15.03.2016 über den Beschluss entscheidet, so dass das Votum der Bezirksvertretung Ehrenfeld noch berücksichtigt werden kann.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) regt an, ein Monitum zu der engen zeitlichen Beratungsfolge in die Beschlussempfehlung einfließen zu lassen.

Nach Diskussion ergeht der folgende **geänderte** Beschluss:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beanstandet die enge zeitliche Beratungsfolge und fordert die Verwaltung auf, künftig dafür Sorge zu tragen, dass Verwaltungsvorlagen im Rahmen des Anhörungsrechtes so frühzeitig vorgelegt werden, dass eine umfassende und sachgemäße Befassung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld erfolgen kann.

Im Übrigen stimmt die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des Bildungsgangs

Höhere Berufsfachschule im Fachbereich Ernährung und Hauswirtschaft in Vollzeitform

(2 Jahre) gemäß § 22 Abs. 5 SchulG und Anlage C der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum 01.08.2016 am Berufskolleg Ehrenfeld, Weinsbergstraße 72, 50823 Köln (BK 20).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1**

Die Beschlussvorlage wird zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 18.04.2016 geschoben.

**10.7 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.
4113/2015**

Herr Petri (Fraktion DIE LINKE) kritisiert den Umgang der Verwaltung mit der aktuellen Rechtsprechung zu verkaufsoffenen Sonntagen. Er beanstandet unter anderem, dass eine Beteiligung der Bezirksvertretungen ursprünglich nicht vorgesehen war. Im Übrigen moniert er, dass die Beschlussvorlage nunmehr als Tischvorlage vorgelegt wird und dass kein Umdruck der Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erfolgt ist.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) weist darauf hin, dass die angemahnten Beschlüsse der vorberatenden Gremien in elektronischer Form vorliegen. Sie schließt sich daher der hierzu geäußerten Kritik nicht an.

Nach Diskussion ergeht der folgende **geänderte** Beschluss:

Geänderter Beschluss:

Unter Beanstandung der nicht fristgerechten Zustellung der Beschlussvorlage sowie der nicht umgedruckten Auszüge aus den Beschlussprotokollen des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stimmt die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Beschlussvorlage hinsichtlich der Ladenöffnungszeiten für den Stadtteil Ossendorf zu und empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt für das zweite Halbjahr 2016 gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 3. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion).

**10.8 Antrag zum Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
0611/2016/1**

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) begrüßt die Beschlussvorlage und weist auf das große ehrenamtliche Engagement im Bereich der Flüchtlingsarbeit hin, welches aus seiner Sicht wertgeschätzt und unterstützt werden muss.

Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) weist darauf hin, dass auch bei dieser Vorlage die Anlagen nicht umgedruckt wurden.

Nach kurzer Diskussion ergeht der folgende **geänderte** Beschluss:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beanstandet, dass die Anlagen zur Beschlussvorlage nicht umgedruckt wurden.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss anzunehmen:

Der Rat beschließt den städtischen Förderantrag zum Sonderprogramm des Landes NRW „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ und beauftragt die Verwaltung, eine positive Entscheidung vorausgesetzt, die entsprechenden Finanzmittel i. H. v. insg. 2.629.000 €, im Haushaltsplan 2016 / 2017, im Teilplan 0507 Betrieb, Unterhaltung u. Förderung von Bürgerhäusern u. -zentren, im Teilergebnis- und Teilfinanzplan (entsprechend der Detailplanung), zu berücksichtigen, den Eigenanteil der Stadt Köln zu gewährleisten sowie die notwendigen personellen Ressourcen zur Umsetzung des Programms und zur Wahrnehmung der Rolle als Bauherr haushaltsneutral zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

Herr Bezirksbürgermeister Wirges informiert über den aktuell laufenden Diskussionsprozess zur Änderung der Zuständigkeitsordnung.

12 Mitteilungen der Verwaltung

**12.1 Jahresbericht für die Beschlüsse aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld aus der Zuständigkeit des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, hier Stand 24.11.2015
3845/2015**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Im Übrigen wird auf den Beschluss unter Tagesordnungspunkt 9.1 verwiesen.

**12.2 Teilnahme an der Earth Hour 2016
0336/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.3 Änderung des § 61 des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen
(Bestellung der Schulleitung)
0401/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.4 Vergabe der bezirksorientierten Mittel für Sport im HJ 2015
0468/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.5 Zebrastreifen Vogelsanger Straße
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 30.03.2015 zur Sitzung der Bezirks-
vertretung Ehrenfeld am 27.04.2015, TOP 8.8
0476/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.6 Niederschrift der 6. Sitzung des Rahmenplanungsbeirates Brauns-
feld/Müngersdorf/Ehrenfeld
0541/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

13 mündliche Anfragen

- Frau Bucher (SPD-Fraktion) fragt nach, wann mit der Vorlage der Verkehrsplanung der Stufe 2 für die Vogelsanger Straße (Knotenpunkte Gürtel und Innere Kanalstraße) zu rechnen ist.
- Herr Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Mitteilung, ob die Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld zur Verwendung der Mittel aus der Kulturförderabgabe für den Stadtbezirk Ehrenfeld (vgl. TOP 9.2.1 der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 01.02.2016) dem Finanzausschuss zugeleitet wurde und wie der Finanzausschuss darüber entschieden hat.

Herr Schall (Bürgeramt Ehrenfeld) führt aus, dass der Beschluss dem Finanzausschuss und auch dem Ausschuss Umwelt und Grün zugeleitet wurde. Eine Entscheidung hierzu steht aber noch aus.

- Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) bittet die Verwaltung um eine Information, wie lange erfahrungsgemäß bei der Erneuerung von Bushaltestellen der Austausch der Fahrgastunterstände dauert bzw. warum dies häufig sehr lange dauert. Beispielhaft benennt sie die Bushaltestelle „Lessingstraße“ auf der Subbelrather Straße, hier wurde das Wartehäuschen vor ca. 2 Wochen ab- und bislang noch nicht wieder aufgebaut.

Gez. Josef Wirges
(Bezirksbürgermeister)

Gez. Armin Schall
(Schriftführer)